

Die Ursachen
der neoliberalen
Legitimationskrise

Aufschwung ohne Zustimmung

Roland Tichy

„Bad news are good news“ – diese klassische Journalistenregel gilt in Deutschland seit etwa Juni 2006 außer Kraft gesetzt. Sie wurde in den folgenden zwölf bis vierzehn Monaten ersetzt durch einen Wettlauf um die „good news“: Es begann mit einer Folge von günstigen Konjunkturindikatoren, die schnelles und breites wirtschaftliches Wachstum verhießen, und setzte sich in einem Wettlauf fort: Wer hat bei der Vermeldung der nach oben revidierten Wachstumszahl die Nase vorn, wem gelingt es, den Rückgang der Arbeitslosigkeit vorzeitig auf die Ticker zu bringen, wer hat die neueste Zahl zur Schwemme bei den Steuereinnahmen?

Nachdem sich Deutschland wohl zwanzig Jahre in einer Art gesamtgesellschaftlichem Jammertal gut eingerichtet hatte, wirkten die guten Nachrichten über die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Folgen für Staatseinnahmen, Sozialkassen und Arbeitsmarkt geradezu verstörend auf die politischen und wirtschaftlichen Eliten. Da war es schon beruhigend, dass wenigstens in den Folgestorys die journalistischen Reflexe wieder richtig funktionieren konnten: Auf jede gute Zahl folgt unweigerlich eine Schlagzeile in der Struktur von „Streit um ...“. Streit um das Ausmaß der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, Streit um mögliche Senkung der Einkommensteuer oder Abschaffung des Soli; Streit um das Jahr, in dem der Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung auskommen könnte. Wie schnell sich doch Debatten drehen können: Während noch vor einem Jahr über

die weitere Begrenzung der Beschäftigung von Ausländern und Jobbewerbern aus den Beitrittsländern der EU debattiert wurde, ist jetzt die Klage über einen wachstumshemmenden Fachkräftemangel und die Forderung nach Zuzugserleichterung für Arbeitsmigration zu hören. Nichts vermag die langjährig eingeübte depressive Grundhaltung der am deutschen Wirtschaftsgeschehen Beteiligten so nachhaltig zu verstören wie ein paar Prozente Wirtschaftswachstum, und nichts kommt überraschender für die volkswirtschaftlichen Stäbe in Banken, Regierung und Forschungsinstituten.

„It's the economy, stupid!“ Bill Clintons Wirtschaftsberater wird dieser Ausruf zugeschrieben – die wirtschaftliche Entwicklung entscheidet über die Wahlchancen. Diese Erkenntnis steht in diametralem Gegensatz zur augenblicklichen Debatte. Es scheint so zu sein, dass der wirtschaftliche Aufschwung ohne Zustimmung für die politischen Hauptakteure abläuft. Unabhängig davon, wer denn nun tatsächlich die Mutter des Aufschwungs ist – beide Parteien der Großen Koalition leiden unter katastrophalen Umfragewerten. Nun muss man zur Mitte der Legislaturperiode diese Ergebnisse relativieren, der typische Verlauf von Stimmungsumfragen während einer Legislaturperiode ist seit Jahrzehnten und in unterschiedlichen Ländern hinreichend oft beschrieben worden. Aber wenn beide großen Volksparteien derart weit abgeschlagen sind, die SPD in den Zwanziger-Bereichen und die Union im Dreißig-Prozent-Turm

*Der wirtschaftliche Aufschwung geht an der Mittelschicht vorbei.
Die Abgabepolitik der Bundesregierung bringt sich um ihren eigenen Erfolg.*

© picture-alliance/dpa, Foto: Jürgen Effner



eingesperrt, ist doch die Frage zu stellen, wieso der Aufschwung so gar ohne Zustimmung zur handelnden Regierung bleibt. Ist es in Deutschland doch nicht „the economy“? Ein Blick auf die Themen der politischen Debatte verstärkt die Zweifel. Eine Debatte um Mindestlöhne erscheint absurd in einer Zeit steigender Beschäftigung und, nach Ablauf der Tarifbindung, auch steigender Löhne. Immerhin einunddreißig Prozent mehr Lohn verlangen die Lokführer. Im Durchschnitt, so hat das gewerkschaftsnahe Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in Düsseldorf ermittelt, bringen die im ersten Halbjahr 2007 abgeschlossenen Tarifverträge Einkommenssteigerungen von 3,7 Prozent. In der Chemie gibt es 3,6 Prozent mehr Geld, in der Metall- und Elektroindustrie 4,1 Prozent und im langjährig krisengeschüttelten Baugewerbe 3,1 Prozent. Nicht berücksichtigt ist die betriebliche Lohndrift,

also jene Zuschläge, die jenseits der tariflichen Vereinbarungen gezahlt werden. Die deutschen Arbeitnehmer kassieren jetzt die Rendite für ihre Lohnzurückhaltung, die dazu führte, dass seit 2000 die wettbewerbsrelevanten Lohnstückkosten um zwei Prozent gefallen sind – während sie beispielsweise in Italien um mehr als zwanzig Prozent, in Großbritannien um mehr als fünfzehn, aber auch in Frankreich um über zehn und in den USA um rund acht Prozent gestiegen sind. Während die Erfolge einer in der Summe und Wirkung liberalen, angebotsorientierten Wirtschaftspolitik unübersehbar spürbar werden, rutscht das politische Bewusstsein nach links. Bürgerliche Landesregierungen scheinen ihre Mehrheitsfähigkeit zu verlieren. Neunundfünfzig Prozent der Deutschen geben in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach an, sie würden vom Aufschwung „kaum oder gar nicht“ profitie-

ren. Eine Gerechtigkeitslücke öffnet sich: „Als Nutznießer der positiven Konjunktur gelten die Unternehmen, der Staat und die gut gestellten Bevölkerungskreise, nicht die Masse der Bürger, die Arbeitslosen oder die unteren Einkommensschichten“, so Renate Köcher vom Allensbacher Institut. Nicht nur um augenblickliches Unwohlsein an der konkreten konjunkturellen Entwicklung geht es. Fünfundvierzig Prozent der Westdeutschen und siebenundfünfzig Prozent der Ostdeutschen halten den Sozialismus für „eine gute Idee“. Die Erinnerung an das sozialistische Volksgefängnis DDR mit seiner dünnen Suppe für alle verblasst. Der deutsche Romantizismus klammert sich wieder an Ideen, deren verbrecherische Realität nur weniger als zwei Jahrzehnte zurückliegt.

Abkehr von der Marktwirtschaft

Im Aufschwung verfällt die Zustimmung zur Marktwirtschaft – gerade angesichts des Beweises ihrer Leistungsfähigkeit wendet sich die Bevölkerung von marktwirtschaftlichen Reformen ab. Statt steigender Zustimmungswerte zeigt sich eine wachsende Ablehnung. Selbstverständlich geht es bei dem, was heute „links“ ist, nicht um eine Grundsatzentscheidung etwa über die Eigentumsordnung der Gesellschaft. Es geht um vergleichsweise kleine Schritte – um den forcierten Ausbau des Wohlfahrtsstaates, mehr Staatsinterventionismus, kurz: die Abkehr von dem, was politisch mit dem für politische Hinrichtung hinreichend unscharfen Begriff des Neoliberalismus verbunden wird. Es geht um höhere Steuern und Staatsverschuldung, die Ausweitung des öffentlichen Sektors und darum, weitere Privatisierungen zu verhindern oder erfolgte Privatisierungen auf kommunaler Ebene wieder zurückzudrehen, die Abschaffung der privaten Krankenversicherung durch eine staatliche Einheitskasse, die Ausdehnung der gesetzlichen Rentenversicherung auf alle Bürger, ver-

schärfte Interventionsrechte des Staates bei ausländischen Investitionen und verstärkte Regulierung der Finanzmärkte, Mindestlöhne und Abschottung gegen unliebsame globale Konkurrenz auf den Güter- und Arbeitsmärkten. Es ist die Rückkehr zum interventionistischen Verschuldungsstaat der 1970er-Jahre, der über die permanente Ausdehnung seiner sozialpolitischen Leistungsversprechen zur schrittweisen Erlahmung der wirtschaftlichen Dynamik und zur Überlastung von Wirtschaft und öffentlichem Sektor geführt hat. Es stellt sich keine „Systemfrage“ – aber die Frage nach der Richtung und dem Umfang weiterer Reformen. Dabei sind die Kritikpunkte in sich vielfach widersprüchlich und unlogisch. „Irgendwie“ gilt die Rente mit siebenundsechzig als unsozial, gelten Forderungen nach höheren Sozialleistungen für ältere Arbeitnehmer als besonders „sozial“. Dass schon heute die gesetzliche Rentenversicherung jeder Generationsgerechtigkeit Hohn spricht, wird nicht wahrgenommen.

Wahrnehmung der Politik

Gleichzeitig wird die Rolle der Politik sehr unterschiedlich von der breiten Bevölkerung und den wirtschaftlichen Eliten wahrgenommen. In der Wirtschaft ist die Auffassung des Chefökonom der Deutschen Bank, Thomas Mayer, weit verbreitet, wonach das Comeback der deutschen Wirtschaft auf der gelungenen Anpassung der Unternehmen an die dynamische Weltwirtschaft beruht – der Bundesregierung kommt nach seiner Sichtweise allenfalls das Verdienst zu, die Eigenleistung der Unternehmen „nicht behindert“ zu haben.

Die breite Bevölkerung dagegen sieht die Hauptverantwortung bei der Regierung und lastet ihr beispielsweise bei Umfragen im Sommer 2007 sogar die höheren Butter- und Milchpreise negativ an. Das führt zu einer paradoxen Situation: Wäh-

rend wirtschaftsnahe Kreise weitere Reformen anmahnen, in der Sache durchaus zu Recht und im Auftreten nach einem seit zwei Jahrzehnten in der Standortdebatte eingeübten Form, verweigert sich zunehmend die Bevölkerung einer Reformdebatte. Parteipolitisch betrachtet, ist die SPD von diesem Linksruck besonders betroffen, wird sie doch von der Linken in ihrem Kernmilieu und mit ihren traditionellen Kernthemen angegriffen, noch dazu mit Unterstützung ihrer früheren Verbündeten aus den Gewerkschaften. Doch das kann die Union nicht wirklich beruhigen: Zum einen gibt es keine Brandmauer zwischen den Wählergruppen; die Forderung nach Mindestlohn und die Kritik an der Rente mit siebenundsechzig ist auch bei vielen CDU-Wählern populär. Zum anderen verschiebt sich im Zuge des von der Linken beherrschten Diskurses die politische Debatte nach links. Das ist kein deutsches Phänomen. Mit dem Ende der Ära George W. Bush sind auch in den USA ein Linksruck und ein Zerfall der konservativen Bastionen zu beobachten; auch hier stehen der Ausbau des Sozialstaats, die Rückkehr zum Staatsinterventionismus und zu Beschränkungen des freien, globalen Handels zur Debatte. Soziale Ungleichheit wird wieder zum Thema, ebenso wie Fragen nach der schamlosen Bereicherung und gleichzeitiger wachsender Verarmung von Gruppen, die überhaupt wieder neu als solche wahrgenommen werden. Machen wir uns nichts vor: Wir erleben derzeit eine Legitimationskrise des Neoliberalismus.

Was sind die Ursachen der neoliberalen Legitimationskrise? Sicherlich ist der Zeitfaktor entscheidend. Die wirtschaftliche Erholung dauert gerade ein Jahr; auch aufgrund lang laufender Tarifverträge hinken die Löhne und Gehälter der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung hinterher. Die Mehrwertsteuererhöhung und die Kürzung einer Reihe

von Steuerbegünstigungen wie Pendlerpauschale und Eigenheimvergünstigung sowie steigende Beitragssätze in der Gesundheits- und Pflegeversicherung schmälern die verfügbaren Einkommen empfindlich. Damit geht der Aufschwung an der Mittelschicht, dem Lastesel des Abgabenstaates, vorbei. Die Abgabepolitik der Bundesregierung bringt sich um ihren eigenen Erfolg. Außerdem ist die Tatsache, dass Arbeitsplätze wieder sicherer werden, für den Einzelnen schwer spürbar. Der Aufschwung hat auch längst nicht jene Breite und Höhe früherer Wachstumsphasen; 2,8 Prozent Wachstum sind ja tatsächlich langfristig eher bescheiden. Vor allem aber: Die traditionellen Instrumente, mit denen die Union dieser ja nicht grundsätzlich neuen Kritik begegnete, sind ausgeleiert. Die Soziale Marktwirtschaft ist nicht mehr sozialer ausgestaltbar, die objektiven Grenzen der wirtschaftlichen Möglichkeiten stehen angesichts insgesamt bescheidener Wachstumsraten, globaler Konkurrenz und demografischer Entwicklung dagegen. Außerdem sind die Leistungsarten des Sozialstaats für die Risiken Krankheit, Alter, Pflege und Arbeitslosigkeit *de facto* ausformuliert. Ein neuer Sozialversicherungszweig ist nicht mehr vorstellbar. Es wird ungeheuerlich viel umverteilt, die Soziallastquote liegt solide bei über dreißig Prozent, aber es ist Illusion zu glauben, dass hier noch irgendwo mehr Mittel zum Zwecke der Umverteilung zu holen sind: Der Abgabewiderstand mündet nicht mehr in Verweigerung, sondern in Abwanderung.

Die Entschleunigung der Linken

Nun ist es ja so, dass die Linke generell für sich historisch in Anspruch genommen hat, an der Spitze des unausweichlichen, ja geradezu naturgesetzlicher Zwangsläufigkeit unterliegenden Fortschritts zu stehen. In domestizierter Form flatterte diese Fahne auch heute noch der SPD

voran, wollte sie unter Willy Brandt mehr Zukunft wagen und verstand sich in postmoderner Manier als rot-grünes Zukunftsprojekt zur Rettung des Planeten schlechthin. Es ist bemerkenswert, dass die heutige Linke für gesellschaftliche „Entschleunigung“ steht, wie Paul Nolte richtigerweise festgestellt hat. Die Konzepte der heutigen Linken stellen ja auf nichts anderes ab als auf die Restauration von Zuständen, wie sie in der ersten Hälfte der 1970er-Jahre herrschten – und setzen dabei auf Ressourcen, die längst erschöpft sind.

Bereits in den 1970er-Jahren hat Heiner Geißler mit der „neuen sozialen Frage“ dagegen scharfsichtig Bereiche benannt, die bei der Steigerung der Sozialausgaben „leer“ ausgehen – etwa Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Zu diesen Benachteiligten sind andere Gruppen getreten wie mangelhaft integrierte Migranten der zweiten und vor allem der problematischen dritten Generation. Hier rächt sich ein jahrzehntelanges Versäumnis der deutschen Sozial- und Gesellschaftspolitik und führt zu einer auch räumlichen Segregation unserer Städte entlang ethnischer Zugehörigkeit, oder sagen wir es genauer: zunehmender Gettoisierung. Nur wer blind ist, kann übersehen, dass in Deutschland Slums wachsen, in denen sozial abgehängte Bevölkerungsgruppen wohnen, deren Kinder schon deshalb wiederum arm sein werden, weil sich in diesen Stadtteilschulen die soziale, ethnische und bildungsferne Problematik potenziert. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat mit der von ihm angestoßenen Prekariatsdiskussion dies thematisiert, aber nicht politisch operationalisiert. Die erfolgreiche ökonomische Modernisierung hat unausweichliche Verlierer produziert, nämlich beruflich schlecht qualifizierte. Diese Gruppe wird kaum mehr auskömmlich bezahlte Arbeitsplätze finden. Die neue Unterschicht ist dank der sozialen Leistungspakete weniger mate-

riell deklassiert, sondern zeichnet sich eher durch ihr eigenes angelehnertes und mittlerweile vererbtes Unvermögen aus, gesellschaftlich angebotene Chancen zu ergreifen. Der Aufsteigererhitz, der in den 1950er- und 1960er-Jahren die proletarischen und kleinbürgerlichen Schichten ausgezeichnet hat, ist der neuen Unterschicht fremd, die materiell stillgestellt ist und sich durch Merkmale auszeichnet, die früher niemals für eine soziologische Klassifizierung geeignet gewesen werden: Man schaut Unterschichtfernsehen, raucht, ist übergewichtig, hat hohen Alkoholverbrauch und mangelhafte Sprachkenntnisse. Der Fokus hat sich auf tatsächliche, zunehmend aber nur noch vermeintliche Problemlagen in den neuen Ländern verlagert. Ihre Lage wird nur noch dann blitzlichtartig erhellt, wenn ein Kind mit unvorstellbarer Grausamkeit ermordet wird. Ansonsten ist die soziale Lage ein blinder Fleck.

Die Union hat es gerade in den letzten beiden Jahren verstanden, sich Themen anzueignen, die bislang eher vom linken Lager dominiert wurden – Bildung und Umwelt. Die unbestritten notwendige weitere Modernisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird nur möglich sein, wenn die Union auch in der Sozialpolitik die offenkundigen Probleme anspricht und thematisiert. Dafür wird die Union eine neue Sozialpolitik brauchen, die angemessen auf die neuen sozialen Fragen reagiert. Dabei geht es nicht um eine einfache Steigerung des Mitteleinsatzes in der Hoffnung, dass mehr Anstrengung auch zur Verbesserung der Lage führt – ein gedanklicher Fehlschluss, den Paul Watzlawick so unübertroffen kariert hat.

Gelingt der CDU dieser Schritt nicht, könnte es dazu kommen, dass die guten Nachrichten von der wirtschaftlichen Entwicklung durch die aus Sicht der Union schlechten Nachrichten von ihrer Abwahl überholt werden.